

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 15

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Samstag, den 18. Januar

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitungsfestchen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die weiteren Arbeiten der Haager Konferenz sollen dahin gerichtet sein, daß Deutschland eine gewisse Freiheit für die Anleihebedürfnisse der Reichsbahn und der Reichspost gegeben wird.

* Im Rasseisenuntersuchungsausschuß des Preussischen Landtages wurde behauptet, die Verluste seien zum Teil durch Zuwendungen an den Stahlhelm und ähnliche Organisationen entstanden. Von den Leitern der Landbundgenossenschaften wurde entschieden bestritten, daß jemals derartige Zuwendungen gemacht worden seien.

* Der amerikanische Handelsattaché in Berlin berichtete nach Washington, die deutsche Wirtschaftslage sei im wesentlichen gesund und zukunftsreich, wenn auch die Klagen der Geschäftswelt über hohe Steuern, Kreditmangel, Abnahme des Warenverbrauchs und der Ausfuhr berechtigt erschienen.

* Einer der Bergarbeiter, die auf der Heintzgrube bei Beuthen verschüttet worden sind, ist, nachdem er 30 Stunden lang unter den Kohlenmassen gelegen hatte, von den Rettungsmannschaften lebend geborgen worden.

Der „Neue Plan“.

Das Sanktionsrecht. — Kampfansage an Schacht. — Überfremdung der deutschen Wirtschaft.

Nun ist's so weit. Nun soll — zum viertenmal seit Versailles, London und Locarno — Deutschland durch seine Vertreter seine Unterstützung setzen lassen unter einen Vertrag, der das Schicksal eines 65-Millionen Volkes auf Jahre, auf Jahrzehnte hinaus bestimmt. Und der endgültig, unabänderlich sein soll, anders also wie der Londoner Dawes-Vertrag von 1924, anders selbst als das politische Abkommen von Locarno. Nun ist's so weit, daß an den Ergebnissen dieser Schlußkonferenz mehr oder weniger scharfe Kritik geübt wird. Wie ein gutes Theaterstück baute sich diese Konferenz auf: wachsende Spannung, sich zuspitzender Dialog und, als Höhepunkt, der Vorstoß Dr. Schachts — und dann der Ausklang des Dramas in den beiden Akten, in denen die Fragen der Mobilisierung und des Sanktionsrechtes geregelt werden. Und besonders diesem Spiel sah die deutsche Kritik mit sehr gemischten Gefühlen zu und nur wenige Hände regten sich zum Beifall.

Von großer innenpolitischer Bedeutung auch für die spätere Kritik sind zwei Vorkommnisse: das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, kritisiert in zurückhaltender, aber ganz unzweideutiger Form das Verhandlungsergebnis der Konferenz im allgemeinen und das der Regelung des „Sanktionsrechtes“ im besonderen. In diesem vielbeachteten Artikel läßt die „Germania“ durchblicken, daß sie Dr. Schachts Ansichten über die großen Unterschiede zwischen dem Pariser Sachverständigenbericht und den Endergebnissen im Haag sachlich keineswegs für unrichtig halte und man deswegen diese Ergebnisse „ernsthaft und gewissenhaft, auf das sorgfältigste bedenken und abwägen“ müsse. Vor allem gebe die Einigungsformel über das Sanktionsrecht „zu den allerstärksten Bedenken Anlaß“; wieder seien rein wirtschaftliche Fragen mit militärischen Methoden verknüpft und am allerbedenklichsten sei es, daß bei einer Entscheidung des Haager Gerichtshofes gegen Deutschland jede einzelne Gläubigermacht die volle Handlungsfreiheit für jede Sondermaßnahme erhalten würde. Die deutsche Delegation stehe wohl auf dem Standpunkt, daß solche „Sondermaßnahme“ nur im Rahmen des allgemeinen Völkerrechtes liegen dürfe, also z. B. des Locarnovertrages und des Kollegial-Paktes —, aber das ist deutsche „Auffassung“. Die Gegenseite möge anders denken, und darum müsse man „eine eindeutige, offizielle, schriftliche Interpretation“ verlangen, um „uns vor Auslegungen zu schützen“. Und am unzweideutigsten lautet der Schluß dieses Artikels: „Es will uns jedenfalls scheinen, daß der Young-Plan noch nicht unter Dach und Fach ist.“

War dieses „Sanktionsrecht“ der eine, der politische Brennpunkt der Haager Verhandlungen, so war die Frage der Mobilisierung der deutschen Zahlungen bald der zweite, der finanzielle. Wegen seiner Rückwirkung auf die allgemeine deutsche Anleihepolitik. Bekannt ist es ja, daß Deutschland — ebenso die „öffentliche Hand“, also Reich, Länder und Kommunen, wie die Privatwirtschaft — im Jahre 1929 viel, viel weniger langfristigen ausländischen Kredit in Anleihe- oder Obligationenform erhielt als noch im Jahre 1928, nur 350 Millionen gegen 1,5 Milliarden. Auf die Gründe hierfür soll nicht eingegangen werden, aber diese auf den etwa fünften Teil zusammengeschrumpfte Neuaufnahme von langfristigen Auslandskredit ist eine der Ursachen für die Fehde, die in schärfster Form von der Sozialdemokratischen Partei und den auf ihrem Boden stehenden Gewerkschaften dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht angesagt worden ist. „Fort mit Schacht!“ wird dort verlangt unter härtesten Angriffen auf den Reichsbankpräsidenten. Weil er der Hauptschuldige vor allem dafür sei, daß die deutsche Wirtschaft neues Blut in Gestalt ausländischer Kredite nur tropfenweise erhalten habe. Man darf aber nicht daran vorbeigehen, daß im Jahre 1929 eine ungleich stärkere Auslandsbeteiligung an deutschen Aktiengesellschaften, an deutschen, meist mehr oder weniger notleidenden Unternehmungen erfolgt ist als im Vorjahre. Nämlich etwa in der gleichen Höhe wie die der deutschen Anleihen im Ausland. Ein völliger Ausgleich ist das natürlich nicht, weder dem Umfang nach noch den deutschen Wirtschaftsnotwendigkeiten gemäß; denn Aktienpakete sind ebenso schnell gekauft wie — verkauft und der ausländische Besitzer solcher Pakete wird in die Lage versetzt, einen mehr oder minder entscheidenden

Anleihesfreiheit für Deutschland

Endspiel auf der Haager Konferenz.

Formlicher Vertragsschluß beabsichtigt.

Mit der Überprüfung der juristischen Formulierung für den Abschluß der ganzen Haager Arbeiten beschäftigte sich die Sitzung der sechs einladenden Mächte am Freitag. Für das Gesamtabkommen wird voraussichtlich nicht nur, wie anfänglich beabsichtigt, eine Protokollierung gewählt, sondern ein vollständiger vertraglicher Akt. Damit soll erreicht werden, daß den nicht an allen Teilen des Abkommens interessierten Mächten, also der Schweiz und Amerika, die Mitwirkung ermöglicht wird. Entsprechend dem deutschen Standpunkt soll in der Mobilisierungsfrage eine allgemeine Einschränkung des Rechts zur Ausgabe deutscher Anleihen nicht gemacht werden. Es besteht vielmehr die Absicht einer Verständigung in der Weise, daß für den ersten Abschnitt der Mobilisierungsanleihe das Feld für Deutschland frei gelassen wird. Dies soll geschehen bis zu einem äußersten Termin, der sich bei früherer Durchführung der Anleihebegebung entsprechend nach vorn verschiebt. In Erwägung ist ein Verfahren, nach dem die Anleihebedürfnisse der Reichsbahn und der Reichspost im Zusammenhang mit der Mobilisierung einer Reparationsanleihe befriedigt werden sollen. In irgendeiner geeigneten Form will man diese Bedürfnisse zusammenfassen und sie möglichst gleichzeitig und in Übereinstimmung dem Anleihemarkt zuführen. An den Erwägungen über die notwendige Form nehmen die Vertreter der Reichsbank, Reichsminister Schacht und Generaldirektor Dörnymler, die im Haag eingetroffen sind, teil. Für den Abend war eine neue Sitzung der Mächte angesetzt.

Die Frage der

Liquidation der Vergangenheit

ist, wie offiziös mitgeteilt wird, in befriedigender Weise geregelt. Bezüglich des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens war durch Hinterlegung des bezüglichen Teils des deutsch-polnischen Abkommens im Haag der Wunsch bekundet worden, es zu einem Teil des Haager Vertragswerkes zu machen. Polen hat auf diesen Wunsch verzichtet. Das zunächst sehr zweifelhafte Abkommen mit Neuseeland und dasjenige mit Italien sind in einer Besprechung zwischen Reichsminister Dr. Curtius und den italienischen Delegierten Mosconi und Pirelli zu einem Abschluß gekommen. Von italienischer Seite wird noch ein kleiner Überchuß (fünf Millionen Lire) ausgesetzt werden. Der Wegfall der besonderen Verzichtskaufel hat zwar keine große materielle Bedeutung, ist aber für die Liquidationsgeschichte selbst wertvoll, deren Wunsch nach Aufrechterhaltung der Möglichkeiten, die ihnen durch einen Generalverzicht abgeschnitten worden wären, damit erfüllt wird.

Von dem weiteren Verlauf der Verhandlungen hängt es ab, ob die Konferenz am Sonnabend bereits zu Ende geht oder ob eine Weiterführung noch notwendig wird. Die letzten Vorschläge der französischen Delegation in der Mobilisierungsfrage wurden auch zwischen Reichsfinanzminister Mollenhauer und dem französischen Finanzminister Chéron persönlich durchgesprochen.

Die Internationale Bank.

Die Beratungen des Organisationsausschusses werden fortgesetzt und sollen ebenfalls möglichst Sonnabend zu Ende gehen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht beteiligte sich an den Besprechungen, ferner auch Präsident Schröder von der Preussischen Staatsbank und Direktor Rietchel von der Reichsreditgesellschaft.

Die Frage der Reparationen

stand vorläufig noch unverändert. Man befürchtete noch immer, daß die Vertreter der kleineren Mächte Schwierigkeiten im letzten Augenblick machen könnten. Schon heute behaupten diese Vertreter, bei dem schnellen Verlauf der Haager Konferenz sei nicht die nötige Rücksicht auf die Interessen ihrer Länder genommen worden. Sie müßten bessere Garantien erwarten, um den neuen Plan gegenzeichnen zu können. Der französische Arbeitsminister

den Einfluß auf die Gestaltung und Betriebsführung des deutschen Unternehmens auszuüben. Dieser Art der Überfremdung ist daher besonders unerfreulich, weil sie bisweilen sogar zur völligen Stilllegung deutscher Betriebe geführt hat.

Wenn also am 23. Januar der Reichstag zu der entscheidenden Beratung und Beschlußfassung über den „Neuen Plan“ zusammentritt, wird es — das vorausgesetzt, bedarf wohl kaum einer größeren Prophezeiung; hierfür genügt schon ein „kleiner Prophet“ — sicherlich zu schweren parlamentarischen Kämpfen kommen, sobald der Volksvertreter der Plan selbst und die deutschen Gesetze vorgelegt werden, die ihn durchführen sollen. Bis dahin ist aber auch in Deutschland noch Zeit genug, das Für und Wider, die Vor- und Nachteile der Haager Beschlüsse ruhig zu prüfen. Bei den Ausführungen des Germanien-Artikels z. B. ist andererseits auch wieder nicht zu vergessen, daß bei Anlage wegen einer angeblichen deutschen Nichterfüllung des „Neuen Planes“ als erste Instanz ein unabhängiges Gericht vom Range des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes eingefügt wird, nicht aber, wie früher, die Reparationskommission zugleich den Ankläger, den Zeugen und den Richter spielen kann. Und so gibt es noch eine ganze Reihe ähnlicher

Loucheur äußerte sich aber bereits dahin, daß auch für die kleineren Mächte eine Beruhigungsformel gefunden sei mit der Aussicht auf allseitige Zustimmung.

Finanzmänner im Haag.

Konferenz des Bündholzkönigs mit dem französischen Ministerpräsidenten. — Um die Unterbringung der deutschen Reparationsbonds.

Der bekannte schwedische Finanzmann Ivar Kreuger ist im Haag eingetroffen und hatte bereits eine Unterredung mit Tardieu. Wie bereits gemeldet, ist in den Verhandlungen von französischer Seite an die deutschen Vertreter die Frage gerichtet worden, ob das zwischen Kreuger und der deutschen Regierung geschlossene Finanzabkommen nicht die Unterbringung der deutschen Reparationsbonds auf dem internationalen Kapitalmarkt beeinträchtigen könne.

Finanzminister Mollenhauer hat daraufhin ausdrücklich festgestellt, daß die Anleihe auf Grund des Bündholzmanipols ausschließlich aus den Fonds der Kreuger-Konzerne bestritten würde und daß für die Ausgabe dieser Bonds auf dem internationalen Kapitalmarkt eine Sperrfrist von drei Jahren vereinbart worden sei. Die wenigen Konzerngesellschaften, die einen Teil dieser Bonds übernommen hätten, seien gleichfalls auf die dreijährige Sperrfrist verpflichtet worden.

Von unterrichteter Seite verlautet, daß die Franzosen Wert darauf legen, diesen Tatbestand auch in direkten Verhandlungen mit Kreuger festzulegen. Frankreich besitze selbst weitgehende Finanzabkommen mit dem Kreuger-Konzern, so daß in der Besprechung zwischen Tardieu und Kreuger in erster Linie die direkten Frankreich berührenden Finanzfragen erörtert worden seien.

Die Anwesenheit von Vertretern des Otto-Wolf-Konzerns im Haag, die auch während der ersten Haager Konferenz im August im Haag waren, wird mit den Verhandlungen über die endgültige Regelung der Sachleistungen in Zusammenhang gebracht, an denen der Otto-Wolf-Konzern interessiert ist.

Nochmals die Sanktionsfrage!

Die umstrittene Äußerung Dr. Wirths.

Vor Beginn der Nachmittagskonferenz gab Reichsminister Dr. Wirth im Einvernehmen mit der englischen Delegation folgende Erklärung ab: Durch die deutsche Presse liefen Äußerungen über angebliche Ausführungen des englischen Pressescheffs Stewart über Bemerkungen, die Reichsminister Dr. Wirth anlässlich der Besprechung der Sanktionsfrage im Kreise der sechs einladenden Mächte getan haben soll. Die Äußerungen, die in einem Teil der deutschen Presse wiedergegeben sind, sind nicht gefallen.

Bei der damaligen Besprechung handelte es sich um die Beantwortung der vom Schatzkanzler Snowden gestellten Frage, ob bei einer etwaigen Diskriminierung einer einzelnen Nation durch Deutschland auch diese einzelne Nation in dem gegebenen Falle vor dem ständigen Internationalen Gerichtshof Klage erheben könne. Diese Frage wurde dem Vertragstext entsprechend heute wie damals bejaht.

Im übrigen betonte am Freitagabend Reichsminister Dr. Wirth, daß eine solche Diskriminierung praktisch nicht in Frage kommen könne, da ja Deutschland nicht die einzelnen Gläubigermächte auszahle, sondern die Ausgabe der Bank für internationalen Zahlungsausgleich sei. Snowden schloß sich der Feststellung des Dr. Wirth in der Abendsitzung auf das entschiedenste an.

Die Konferenz tagt bis Montag.

In der Freitagabendsitzung der sechs einladenden Mächte gelangte man nach kurzer Verhandlung zu der Überzeugung, daß eine Durcharbeitung des vorliegenden umfangreichen Materials bis Sonnabendabend ausgeschrieben sei. Es wurde daher beschlossen, auf Montag vormittag eine Vollsitzung der Konferenz einzuberufen.

Bestimmungen, wo dem Wider ein nicht zu übersehendes Dafür gegenübersteht. Weswegen der philosophisch veranlagte Zeitgenosse in die tiefstünigste Bemerkung ausbrechen mag: „Jedes Ding hat seine zwei Seiten, aber der „Neue Plan“ hat viel mehr als nur zwei.“

Dr. Pr.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Finanzausgleich für preussische Gemeinden.

Der Leiter der Kommunalabteilung des preussischen Ministeriums des Innern, Ministerialdirektor Dr. von Leyden, hielt in Berlin einen Vortrag über das Thema „Probleme und Möglichkeiten eines preussischen Finanzausgleichs“. Als Ergebnis der Untersuchung stellte der Vortragende fest, daß ein befriedigender und wirksamer Finanzausgleich für die preussischen Gemeinden nur unter der Voraussetzung erreicht werden könne, daß das Reich dem Staat die zur Entlastung und zur Steuerversehung erforderlichen Mittel bereitstellt und daß der Staat den Lastenausgleich vornimmt, indem er in Höhe der ihm zu diesem Zweck vom Reich überwiesenen Mittel den Gemeinden Lasten abnimmt.

Ruhrgröfzstädte und Staatsaufsicht.

Im Preussischen Landtag hatte der Abgeordnete Dr. von Campe den Innenminister gefragt, ob die Bestrebungen der neuen Ruhrgröfzstädte, sich nicht mehr unter die Aufsicht der Regierungspräsidenten zu stellen, gebilligt würden. Die Oberbürgermeister Dr. Eichhoff-Dortmund, Dr. Ruer-Vochum, Pracht-Essen und Dr. Jarres-Duisburg erklärten hierzu, daß derartige Bestrebungen überhaupt nicht bestehen und nie von ihnen erörtert worden sind. Die Aufsicht durch den Regierungspräsidenten habe im Ruhrgebiet niemals zu Schwierigkeiten geführt.

Amerikanisches Urteil über die deutsche Wirtschaftslage.

Der Berliner Handelsattaché Ameritas, Groves, sagt in seinem Bericht an das Washingtoner Handelsamt: Obgleich die deutsche Wirtschaftslage im wesentlichen gesund und der Ausblick in die Zukunft ermutigend sei, seien doch die Klagen der Geschäftsleute über hohe Steuern, Verteilung des Kreditmarktes, Abnahme des heimischen Warenverbrauchs und geringe Ausfuhrerlöse berechtigt.

Bahneinigung mit Belgien.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der belgischen Eisenbahnverwaltung über die Frage der Internationalisierung der Bahnhöfe Herbesthal und Mönchen sind abgeschlossen. Danach soll die Zollabfertigung für den deutsch-belgischen Güterverkehr demnachst von Aachen wieder nach Herbesthal, der früheren deutschen an Belgien gekommenen Grenzstation, und in Mönchen, der früheren belgischen Grenzstation, verlegt werden. Für die deutschen Beamten errichtet die belgische Regierung an der Grenze Wohnhäuser.

Zunächst nur kurze Reichstagsarbeit.

In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß der Reichstag zunächst nur das Zündholzmonopol und höchstens noch die eine oder andere kleinere Angelegenheit erledigt und dann Ende Januar, voraussichtlich am 28., sich wieder vertagen werde. Die Beratung der Nahrungsgesetze im Reichstag, die zuerst noch den Reichsrat durchlaufen müssen, werde nicht vor Mitte Februar erwartet.

Verlängerung der am 31. Januar fälligen Reichsschatzanweisungen.

Wegen der Erneuerung der am 31. Januar fällig werdenden 200 Millionen Reichsschatzanweisungen haben die Verhandlungen zwischen den Banken und dem Reichsfinanzministerium zu der Vereinbarung geführt, daß 100 Millionen Mark bis Ende Juli, 50 Millionen Mark bis Mitte November und die restlichen 50 Millionen Mark bis Mitte Dezember prolongiert werden sind. Über die Bedingungen verläutet, daß die Prolongation zum Lombardzinsfuß der Reichsbank zuzüglich der üblichen Provision erfolgt ist.

Zurückweisung falscher russischer Behauptungen.

In der Moskauer „Pravda“ ist in einem Artikel über den Escherwonenprozeß die Behauptung aufgestellt worden, daß Beamte des auswärtigen Amtes die Emigrantenkongresse besucht und mit Vertretern konterrevolutionärer georgischer und ukrainischer Organisationen beraten hätten. Die deutschen Diplomaten werden als politische Ratgeber der auf den Umsturz der Sowjetmacht hinarbeitenden Kreise und als deren verantwortliche Inspiratoren hingestellt. Diese Behauptungen, für die nicht der Schatten eines Beweises erbracht wird, sind bereits aus Anlaß ähnlicher Äußerungen deutscher kommunistischer Organe dementiert worden und müssen wiederholt auf das schärfste zurückgewiesen werden.

Aus In- und Ausland

Berlin. Die Freitagnummern der Roten Fahne ist wegen Aufreizung gegen die Staatsgewalt von preussischen Innenministerium beschlagnahmt worden.

Berlin. Der Landtagsabgeordnete Lindner, Geschäftsführer des Deutschen Arbeiterbundes, ist aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten.

Dresden. Der Arbeits- und Wohlfahrtsminister Elser (Mittag) hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Bei dem kürzlichen Mißtrauensvotum gegen ihn wurden im Landtag 17 Stimmen für und zwei gegen den Minister bei 75 Enthaltungen abgegeben.

Wilhelmshaven. In den letzten Tagen wurden dem Amtsgericht Wilhelmshaven einige Mitglieder der kommunistischen Partei zugeführt, die sich durch Verbreitung von Schriften an die Mannschaften des Kreuzers „Emden“ und anderer Marinesfahrzeuge strafbar gemacht haben.

München. Der Senat der Deutschen Akademie hat den amerikanischen Vorkämpfer Dr. h. c. Schurman in Anerkennung seiner kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika fördernden Tätigkeit zum Senator ernannt.

Washington. Ein Buch mit einem von zwölf Millionen amerikanischen Frauen unterzeichneten Aufruf zur Verminderung der Rüstungen wird in der ersten Februarwoche der Londoner Konferenz aufgestellt werden, gleichzeitig mit einem ähnlichen Aufruf von hunderttausend japanischen Frauen.

Madras. Der Nationalliberale Verband von Indien hat einen Aufruf erlassen, in dem alle Indier aufgefordert werden, in Einigkeit darauf hinzuwirken, daß Indien sobald wie möglich die Stellung eines britischen Gliedes erhalte.

Die deutsch-polnischen

Verhandlungen in Genf.

Vor der Veröffentlichung des Liquidationsabkommens.

Nach einer übereinkunft der deutschen und polnischen Delegationsführer in Genf soll den beiderseitigen Regierungen vorgeschlagen werden, in der nächsten Woche die Besprechungen in Warschau wieder aufzunehmen.

Die in Genf gepflogenen Besprechungen der Delegationen bezogen sich in erster Linie auf das sogenannte Liquidationsabkommen. Alle hinsichtlich der Auslegung dieses Abkommens aufgetauchten Zweifel und Mißverständnisse wurden dabei geklärt. Die erreichten Präzisionen betreffen u. a. die veterinärpolizeilichen Sicherungen und die Kontingentierungsfragen. Das Abkommen, dessen Einbeziehung in die Haager Regelung bekanntlich von deutscher Seite verhindert wurde, dürfte demnachst veröffentlicht werden.

Vertrauensvotum für die badische Regierung.

Ablehnung kommunistischer und sozialistischer Mißtrauensanträge.

Im Badischen Landtag wurde ein von den Regierungsparteien (Zentrum und Sozialdemokraten) eingebrachter Vertrauensantrag mit 48 Ja-Stimmen der Antragsteller angenommen. 29 Abgeordnete stimmten mit Nein, während sich drei Abgeordnete der Stimme enthielten. Mißtrauensvoten der Kommunisten und der Nationalsozialisten sowohl gegen die Gesamtregierung wie gegen den Kultus- und Justizminister Dr. Kemmle wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Folge politischer Ausschreitungen.

Versammlungen unter freiem Himmel in Preußen verboten.

Der preussische Minister des Innern Grzesinski hat durch einen Rundschreiben an alle Polizeibehörden Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel für ganz Preußen verboten.

In dem Rundschreiben heißt es u. a., die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit sei in den letzten Tagen und Wochen von radikalen Organisationen zu schweren Störungen der öffentlichen Sicherheit mißbraucht worden. Die Vorgänge hätten den Beweis erbracht, daß Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel unter den bestehenden Verhältnissen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten. Auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung würden daher alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge für das Gebiet des Freistaates Preußen bis auf weiteres verboten.

Glückwünsche an Schiele.

Reichspräsident und Reichskanzler gratulieren.

Der Reichspräsident hat dem Reichsminister a. D. Schiele aus Anlaß seines sechzigsten Geburtstages in einem Handschreiben seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt.

Der Reichskanzler hat an den Reichsminister a. D. Schiele das folgende Telegramm gerichtet: „Es ist mir eine besondere Freude, Ihnen zur Vollendung des sechzigsten Lebensjahres, zugleich im Namen der Reichsregierung, meine besten Glückwünsche auszusprechen. Möge es Ihnen vergönnt sein, noch viele Jahre in bester Gesundheit Anteil an dem politischen Leben zu nehmen.“ Reichskanzler Müller.

Verbilligte Meliorationen.

Verbesserung landwirtschaftlicher Grundstücke.

Die zur Förderung der Meliorationsstätigkeit eingeleitete Zinsverbilligungsaktion des Reiches hat gute Erfolge zeitigt. Für die Verbesserung landwirtschaftlicher Grundstücke und die Steigerung ihrer Produktionsfähigkeit sind durch die Gewährung von Zinsverbilligungen beachtenswerte Kapitalien flüssig gemacht worden. Obwohl die Lage des europäischen und amerikanischen Kapitalmarktes die Aufnahme der geplanten großen Auslandsanleihe bisher verhindert hat, ist es gelungen, dem Meliorationswerk im letzten Jahre seitens des Reiches rund 66 Millionen Mark Kredite zuzuführen. Dazu kommen noch erhebliche Beihilfen und Darlehen der einzelnen Länder, insbesondere Preußens. Die Hälfte der 66 Millionen ist dabei von der Rentenbankkreditanstalt als Zwischenkredit auf die von ihr geplante Auslandsanleihe gegeben worden. Rund 20 Millionen Mark hat die Deutsche Bodenkultur-A.G. vergeben, während über 13 Millionen Mark als Meliorationskredite von anderen Stellen, insbesondere am Meliorationswerk interessierten Sparbanken und Landesbanken, zur Verfügung gestellt worden sind, ein bei dem Versagen des ausländischen und der Knappheit des deutschen Kapitalmarktes erfreuliches Ergebnis, mit dem etwa zwei Drittel des gesamten Bedarfs gedeckt werden konnten.

Erster Ueberseetransport der Deutschrussen.

Barum die Flüchtlinge nicht in Deutschland angesiedelt wurden. 180 der aus Sowjetrußland geflüchteten deutschstämmigen Bauern aus dem Möllner Lager haben bereits die Überfahrt nach Brasilien angetreten.

Im Überseeheim in Hamburg hatte sich auch Reichskommissar Stücken zur Verabschiedung eingefunden. Er wies in seiner Ansprache zunächst darauf hin, daß die deutsche Regierung alles getan habe, um den Flüchtlingen ihr hartes Los zu erleichtern. Es sei gefragt worden, weshalb man die Flüchtlinge nicht in Deutschland lasse. In Deutschland seien jedoch zwei Millionen Arbeitslose, die vom Reich unterstützt werden müssen. Es wäre unmöglich, daß

Heer der Arbeitslosen noch zu vergrößern.

Er sei auch gefragt worden, warum die Flüchtlinge nicht in Deutschland angesiedelt würden. Die Flüchtlinge seien aus Rußland nur mit dem zu uns gekommen, was sie am Leibe trugen. Die Ansiedlung in Deutschland koste jedoch viel Geld. Wenn man die Flüchtlinge in Deutschland ansiedeln würde, so würden Zehntausende von Söhnen reichsdeutscher Bauern und Landarbeiter, die jahrelang auf ihre Ansiedlung warten, benachteiligt werden. Der Reichskommissar schloß mit den Worten:

„Vergessen Sie nicht, daß Deutschland Ihnen gegeben hat, was es geben konnte. Wir erwarten von Ihnen auch, daß Sie da draußen ihr Mutterland immer und überall im Gedächtnis behalten.“

Die neue Heimat der deutsch-russischen Bauernflüchtlinge



ist die deutsche Kolonie Yamamonta in Brasilien, wohin ein erster Transport von 190 Flüchtlingen von Hamburg aus die Reise angetreten hat. Da in dieser Kolonie noch Raum für 2500 Familien ist, so dürften noch weitere Flüchtlingstransporte dort ihre neue Heimat finden. Die Auswanderer werden ihr neues Leben unter ähnlichen Umständen beginnen müssen wie die in unserem Lande gezeigten deutschen Einwanderer, die in einer der mitten im brasilianischen Urwald geschaffenen deutschen Kolonien sich ihre erste primitive Unterkunft bauten.

Raiffeisen und Landbundesgenossenschaft.

Kredite der Preussenkasse.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages, der die Prüfung der Raiffeisenkredite abgeschlossen hat, begann mit der Nachprüfung der Kreditgewährung der Preussenkasse an die Genossenschaften des Reichslandbundes.

Direktor Siedersleben von der Preussenkasse betonte in seinem Bericht, die Kontrolle der recht zerplitterten Landbundesgenossenschaft sei ziemlich schwierig gewesen. Der Buch-

wert bestimmter Forderungen sei höher eingesetzt worden als vorher. Damit habe man die Konfusionsanmeldung vermeiden wollen. Der Gesamtverlust habe 6,64 Millionen Mark betragen. Er sei übernommen worden zu je ein Viertel von der Reichsregierung, von der Preussenkasse, von der Deutschen Spar- und Kreditbank und vom Reichslandbund. Direktor Siedersleben ging sodann auf die Zusammenbrüche einzelner Genossenschaften ein. Verluste habe die Landbundesbank auch durch die Finanzierung des Stahlhelms und anderer Organisationen erlitten.

Der frühere Präsident Sempfer der Preussenkasse ergänzte diesen Bericht. Er kam zu dem Schluß, daß die Zentralstelle des Reichslandbundes keine Geschäfte gemacht habe, die außerhalb des genossenschaftlichen Aufbaubereiches lagen. Die entstandenen Verluste seien vielmehr darauf zurückzuführen, daß gewisse Kreditverleihungen in einer Reihe von untergeordneten Einzelgenossenschaften stattgefunden hätten.

Die nächsten Zeugen, der frühere Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kaldreuth, und Reichstagsabgeordneter Stubbenborg, der Aufsichtsratsvorsitzender der Reichslandbundes-A.G. war, führten die Verluste des Reichslandbundes darauf zurück, daß dieser im Jahre 1924 mit unzureichenden Mitteln verfuhr habe, die Getreidepreise, die damals schon eine stark abgleitende Tendenz gehabt hätten, zu fixieren. Sowohl Graf von Kaldreuth als auch Abgeordneter Stubbenborg stellten es entschieden in Abrede, daß der Reichslandbund, wie Direktor Siedersleben behauptete, durch Unterstellungen an Organisationen, wie z. B. den Stahlhelm, Verluste gehabt hätte. An solche Organisationen seien niemals Unterstellungen gegeben worden.

Wiedereröffnung der Französischen Kammer.

Die übliche Vertrauensfrage.

Die Französische Kammer hielt ihre erste Arbeitssitzung in der neuen Sitzungperiode ab. Zum Präsidenten wurde zum fünftenmal Doufflon gewählt. Ein kommunistischer Antrag auf sofortige Freilassung von zwei verhafteten Kommunisten gab der Regierung gleich am ersten Sitzungstage wieder Gelegenheit zur Vertrauensfrage. Der Antrag wurde zu ihren Gunsten mit 309 gegen 256 Stimmen abgelehnt.

Drei Eisenbahnunfälle in Frankreich.

Drei Tote, zehn Verletzte.

Drei Eisenbahnunfälle, die sich in Frankreich ereigneten, forderten insgesamt drei Tote und zehn Verletzte. Der Sonderzug Cherbourg-Paris, der die Reisenden des deutschen Dampfers „Dreimen“ nach der französischen Hauptstadt bringt, stieß im Bahnhof von Bréal auf eine Rangierlokomotive, wobei ein Reisender und der Zugführer verletzt wurden.

Ein schweres Unglück ereignete sich auf der Strecke Richv-Thiers. Eine Lokomotive, die einen Plattformwagen schob, auf dem sich 18 Streckenarbeiter befanden, stieß beim Ausgange eines Tunnels mit einer anderen Lokomotive zusammen. Der Plattformwagen wurde buchstäblich zusammengebrochen, noch ehe die Arbeiter Zeit hatten, sich in Sicherheit zu bringen. Aus den Trümmern zog man zwei Leichen hervor, während sechs Schwerverletzte in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Ein dritter Unfall ereignete sich in der Nähe von Lille. Eine Güterzuglokomotive, die auf einem etwa zwölf Meter hohen in Ausbesserung befindlichen Eisenbahndamm Sand schlepte, stürzte die Böschung hinunter und begrub den Lokomotivführer unter sich, während der Heizer mit schweren Verletzungen gerettet werden konnte.

In Granit gemeißelte amerikanische Geschichte.

Expräsident Coolidge schreibt sie.

An der Stirnseite der aus Granitstein bestehenden Blackhillberge in Süd-Dakota, wo gegenwärtig überlebensgroße Statuen von Washington, Jefferson, Lincoln und Roosevelt ausgemeißelt werden, soll auch ein 500 Worte umfassender Bericht über die Hauptereignisse der Geschichte der Vereinigten Staaten eingemeißelt werden. Den Text wird der frühere Präsident Coolidge verfassen. Die Buchstaben sollen so groß sein, daß sie kilometerweit gelesen werden können.

Auf so grandiose Gedanken kommt man natürlich nur in Amerika.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halber, den 18. Januar 1930.

Papageientrankheit.

Matth. 5, 21. 22.: „Ihr habt gehört, daß zu dem Alten gesagt ist: Du sollst nicht töten, wer aber tötet, ist des Gerichts schuldig. Ich aber sage euch: Wer mit seinem Bruder zürnt, gehört vor Gericht; wer seinen Bruder beschimpft, gehört vor den Rat; wer ihn gottlos nennt, der gehört in das höllische Feuer!“

Die Papageientrankheit taucht auf. Sofort sind tausend Forschungen am Mikroskop. Man sucht den Erreger, um ihn zu bekämpfen. Es ist der uralte Kampf gegen die Schädlinge. Die großen, wie die Raubtiere, hat der Mensch im allgemeinen besiegt, zum Teil ausgerottet. Aber die kleinen Feinde, die unscheinbaren, die Mücken und die Fliegen und gar die Bazillen — gegen die ist der Kampf noch neu — doch, den großen Bahnbrecher, hat wir noch gekannt —, aber der Kampf ist nötig, denn die kleinsten Feinde sind die gefährlichsten. Sie raffen Millionen Menschen hin. Den Raubtieren stellen einzelne Jäger nach. Die kleinen, kleinsten müssen von allen bekämpft werden. Sonst zwingt man sie nicht. Wie soll man sie bekämpfen? Quersuchen und erkennen; auch direkt mit besonderen Gegenmitteln vorzuehen, besonders aber allgemeine Lebensbedingungen schaffen, in denen die Schädlinge nicht bestehen und wirken können: Reinlichkeit, frische, gesunde Nahrung, Sonne und Luft, Wachsamkeit. Schwer ist der Kampf, aber es geht voran. Ähnliches wie hier auf dem Gebiet körperlicher Gefahr ist auf dem Gebiet unseres Seelenlebens zu beobachten. Die großen Sünden, wie Raub, Mord, Missetat u. a., sind im allgemeinen überwunden. Aber die kleinen, kleinen, auf die man meist kaum achtet und die doch so unendlich verheerend wirken im Einzelleben und im Volkseben: Neid, Haß, Unfeindschaft, Hartnäckigkeit, Neachtheit, Lüge, Verleumdung und so weiter — sie zerfressen von innen her das Einzelleben, Familienleben, Berufsleben und Volkseben. Was richten sie für Not und Herzeleid an! Nichts als seelische Epidemien treten sie auf. Zum Kampf gegen sie hat Jesus schon in der Verabredung aufgerufen: „Ach aber sage euch —: man lese nur nach, was er Matthäus 5 noch weiter sagt! Auch hier heißt's: Alle Mann in den Kampf! Geht daanegen vor jeder in seinem Kreis und vor allem in sich selbst! Schafft aber vor allem den Geist der Reinheit, Liebe, Geduld, Wahrhaftigkeit; entumft euer Leben; schafft die fröhliche Nahrung von Gottes Wort in die alten und in die jungen Seelen. Brinat sie in das Sonnenlicht seiner Liebe, lehrt sie, wachsam sein, achtet mit geschärftem

Die „imparitätische“ Lage der evangelischen Kirche.

Zu den Verhandlungen zwischen Preußen und der Kirche.
Unter der Überschrift „Imparität“ schreibt die Nationalallgemeine Korrespondenz: Die Steptiker haben recht behalten. Gegenüber den Mitteilungen demokratischer Blätter, daß die Verhandlungen zwischen Staat und evangelischer Kirche kurz vor dem Abschluß stehen, erklärt der Amtliche Preussische Pressedienst, daß bisher überhaupt nur Vorbesprechungen stattfanden und für „Verhandlungen“ erst nach Rückkehr des Ministerpräsidenten im letzten Drittel des Januar die Grundlage gesucht werden solle. Unterdessen wirkt sich die nach einem Wort des Kultusministers Dr. Veder entstandene „imparitätische Lage“ für die evangelischen Kirchen im preussischen Staatshaushalt 1930 wie folgt aus:

Der Etat für 1930 bringt, was nach den geschlossenen Verträgen selbstverständlich ist, der katholischen Kirche gegen 1929 ein Mehr von 1.292.000 Mark aus Staatsmitteln, unter Hinzufügung eines kleinen Mehr bei den Besoldungen für Geistliche von 29.510 Mark, im ganzen ein Mehr von 1.321.000 Mark. Hierzu treten noch die Unterstufungen für Geistliche aller Konfessionen und ihre Sinterbliebenen im Prozentfuß von zwei Siebenteln. Da diese Fonds infolge allgemeiner Sparmaßnahmen gekürzt sind, so ergibt sich daraus für die katholische Kirche eine Minderung von 78.000 Mark. Im ganzen ergibt sich für die katholische Kirche ein Mehr von 1.243.000 Mark an dauernden Einnahmen aus Staatsmitteln pro 1930.

Für die evangelischen Kirchen tritt bei der Verwaltung ein kleines Mehr im Etat von 13.800 Mark auf. Sonst erfahren die ausgeworfenen Summen, Besoldung usw., keine Veränderung gegenüber 1929. Die allgemeinen Sparmaßnahmen vermindern die Fonds für Unterstufungen nach der Quote für die evangelische Kirche (fünf Siebentel) um 195.000 Mark. Es ergibt sich auf der Seite der dauernden Ausgaben des Staates also für die evangelische Kirche ein Weniger gegenüber dem Vorjahr von 181.200 Mark, für die katholische Kirche ein Mehr von 1.243.000 Mark. Dazu kommen an einmaligen Ausgaben für die evangelische Kirche an Beihilfen zu den Kosten baulicher Unterhaltung am Dom 85.000, für die katholische Kirche für Herstellungsarbeiten an St. Hedwig 500.000, für den Kölner Dom 100.000 Mark, im ganzen also auch hier ein Mehr für die katholische Kirche. Im ganzen fließen so an Staatsmitteln im Etatjahr 1930 gegenüber 1929 der katholischen Kirche, vor allem nach dem bisher allein mit dieser geschlossenen Vertrag 1.393.000 Mark mehr zu, während für die evangelische Kirche rund 100.000 Mark weniger als 1929 ausgeworfen werden.

Unser Körper im Winter.

Von Med.-Rat Dr. Weber-Waldkirch, Baden.

Der menschliche Körper ist außerordentlich anpassungsfähig an die Einwirkung der Temperatur und so ist es ihm möglich, unter den verschiedensten klimatischen Verhältnissen zu leben, sowohl in den Regionen des ewigen Eises als auch in der Tropenhölle. Der Körper verändert sich unter diesen Einflüssen, um dem Angriff der Temperatur Widerstand leisten zu können.

Die Gefahren der Kälte bestehen in Erfrierungen und Erkältungen, d. h. also im Absterben äußerer Körperteile oder in Erkrankungen innerer Organe. Das Organ, das in erster Linie dazu berufen ist, das Innere unseres Körpers vor zu großer Abkühlung zu schützen, ist die Haut, die von unzähligen feinsten Blutgefäßen durchzogen ist. Je weiter diese Abkühlen sich ausbreiten, um so mehr Blut kann durch die Haut fließen; die Haut wird dadurch rot, wie wir es bei der Einwirkung höherer Wärmegrade beobachten. Wenn aber Kälte auf die Haut wirkt, wird sie blaß, weil die Gefäße sich auf das engste zusammenziehen und nur ganz wenig Blut zirkulieren lassen. Das meiste Blut bleibt dann im Innern des Körpers zurück und wird dadurch vor Abkühlung geschützt. Außerdem bildet sich durch Zusammenziehung der überall in der Haut verteilten kleinsten Muskelfasern die sog. Gänsehaut; die Haut wird rau, zeigt kleinste Erhebungen und Vertiefungen wie Berg und Tal, und ebenso wie in der Landschaft staut sich die Luft in diesen Hautfalten und bleibt wärmer, während sie auf einer glatten Oberfläche sich sofort mit der kalten Luft der Umgebung mischen würde.

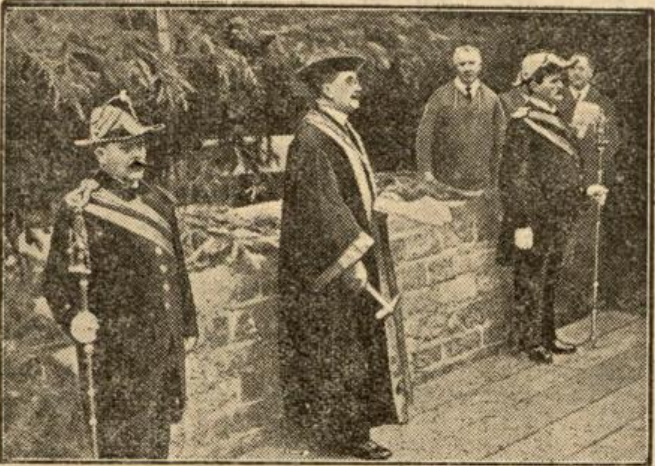
Um die Haut zu diesen ihren Aufgaben fähig zu machen, bedarf es einer fleißigen Trainingierung. Die Hautmuskeln und die Muskeln der kleinen Blutgefäße wollen ebenförmig durch Übung gekräftigt werden wie die Muskeln unserer Gliedmaßen durch Sport. Dieses Training der Haut nennen wir Abhärtung, die wir anstreben durch Einwirkung kühler Temperatur im Schwimmen und Luftbad, durch kalte Abwaschungen und durch sorgfältige Hautpflege. Denn nur eine gesunde Haut, die von Ausschlägen, Geschwüren, Eiterpusteln und Narben frei ist, kann ihre wichtige Aufgabe voll erfüllen.

Störungen der Regulierungsvorrichtungen führen zu Erfrierungen. Teilerfrierungen treten zunächst an den Körperteilen auf, die am weitesten von unserer inneren Wärmequelle gelegen sind, an Füßen, Händen, Nase und Ohren. Wenn diese Teile nicht genügend geschützt sind, z. B. bei großer Kälte die Strümpfe naß geworden sind oder ein scharfer Nordostwind lästige Zeit Nase und Ohren trifft, dann kann durch solche Überlastung der Schutzwall des an sich schon verhältnismäßig wenig durchbluteten Körperteils durchbrochen werden, Blut und Säfte darin kühlen ab und die Gewebe sind nicht mehr lebensfähig.

Erfrierungen des ganzen Körpers mit tödlichem Ausgang sind auf besonders unglückliche Zufälle zurückzuführen. Aber gerade in diesem Zusammenhang muß vor der Bekämpfung der Kälte durch Alkohol dringend gewarnt werden. Dieser wirkt nämlich in entgegengesetztem Sinne wie die Kälte, indem er die Haargefäße der Haut zur Erweiterung bräut. Wir kennen diese Wirkung an dem zunehmenden Wärmegefühl der Haut und dem roten Gesicht, das man beim Trinken bekommt. Werden nun aber die durch den Alkoholgenuß also erweiterten Gefäße der Kälte ausgesetzt, so ziehen sie sich nicht in derselben Weise zusammen wie bei alkoholfreiem Blut, die Regulierungsnerven sind gelähmt und die Abkühlung des gesamten Blutes, das jetzt ungehemmt durch die der Kälte ausgesetzte Haut fließen kann, ist eine sehr beträchtliche. Manch einer, der im Rausch nachts auf der Straße liegenblieb, ist auf diese Weise schon ums Leben gekommen, selbst bei wärmeren Temperaturen, denen ein Rükstürmer noch lange hätte Widerstand leisten können. Wenn wir die erwärmende Wirkung des Alkohols nützen wollen, sollen wir dies nur dann tun, wenn

wir aus der Kälte endgültig unter Dach und Fach gekommen sind, um eine schnellere Wiedererwärmung unseres Körpers zu erzielen.

Eine andere Gefahr durch die Kälte droht unseren Atmungsorganen. Diese haben, weil tief im Innern geborgen, stets die gleiche normale Körpertemperatur. Kalte Luft in vollen Zügen eingeatmet, kann deshalb hier einen äußerst starken Temperaturunterschied erzeugen und zu einer starken Abkühlung der zarten Gewebe führen, deren Folge zum mindesten ein heftiger Katarrh sein kann. Aber auch hierfür besitzen wir einen guten Schutz. Die Nase mit ihrer blutreichen und daher stets warmen Schleimhaut ist ein vorzüglicher Vorwärmer, nur muß auch davon Gebrauch gemacht werden. Zum Training auf den Wintersport ebenförmig wie zur Vorbereitung auf jeden anderen längeren Aufenthalt in freier Winterkälte gehört auch die Übung der Nasenatmung bei geschlossenem Munde, die wir nicht nur den Sportleuten, sondern auch jedermann und besonders den Kindern fürs tägliche Leben dringend anraten möchten. Durch Erkrankungen der Nasenschleimhaut oder durch Wucherungen der Nasen- und Gaumenmandeln kann die Nasenatmung erschwert oder verhindert werden. Solche Störungen muß man unbedingt beseitigen lassen, wenn man sich ungefragt der Kälte aussetzen will. Sonst aber hat die vernünftige Bewegung in der kalten reinen Winterluft so viel Segen für unsere Gesundheit an Leib und Seele, daß wir uns vor Kälte nicht zu fürchten brauchen und voller Freude an kalten Wintermonaten entgegen sehen dürfen.



Die Grundsteinlegung zum Neubau der Universität Heidelberg.

der durch die Sammlung des amerikanischen Botschafters in Berlin, Dr. h. c. Schürman, ermöglicht wurde, wurde durch den Rektor der Universität, Professor Dr. Göttschlich, feierlich vollzogen.

Es wird mehr Bier getrunken.

Den Brauereien geht es gut.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in seiner Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ eine eingehende Übersicht über das Bierbrauereigewerbe in den Rechnungsjahren 1927 bis 1928, 1928 bis 1929. Im Rechnungsjahr 1927/28 betrug die Zahl der gewerblichen Brauereien, die Bier hergestellt haben, 4621 gegen 4624 im Vorjahr; sie erhöhte sich im Laufe des Rechnungsjahres 1928/29 auf 4721, außerdem haben 1927/28 27.631 und 1928/29 35.584 Hausbrauer Bier hergestellt. Die Biererzeugung ist von 48,3 Millionen Hektoliter im Rechnungsjahr 1926/27 um 6,8 Prozent auf 51,6 Millionen Hektoliter 1927/28 und um weitere 6,5 Prozent auf 55,0 Millionen Hektoliter 1928/29 gestiegen. In den Berichten der Landesfinanzämter wird der Stand der Brauereien im allgemeinen in wirtschaftlicher Hinsicht und in bezug auf die Technik der Bierbereitung als gut, der Stand der Großbrauereien als sehr gut bezeichnet. Infolge der günstigen Geschäftsergebnisse waren zahlreiche Brauereieinheiten, die Betriebe durch Neu- und Umbauten zu erweitern und technisch zu vervollkommen.

In den Rechnungsjahren 1927/28 und 1928/29 entfielen auf die Landesfinanzamtsbezirke München rund 14, Berlin 10,1, Nürnberg rund 9,5 und Münster rund 8,5 Prozent der deutschen Biererzeugung. Die verkauften Biere in hundert befristete sich in den Rechnungsjahren 1926/27 bis 1928/29 auf 176.879, 195.865 und 198.368 Hektoliter. Die eingeführten Biere stammten nach wie vor fast ausschließlich aus der Tschechoslowakei. Aus dem Geltungsbereich des Biergesetzes wurden in den Rechnungsjahren 1926/27 bis 1928/29 544.437, 624.085 und 638.000 Hektoliter Bier ausgeführt. Der größte Teil der Ausfuhr entfällt auf die Brauereien in den Landesfinanzämtern Unterweser, Schleswig-Holstein und Unterelbe. Auf den Kopf der Bevölkerung betrug der Verbrauch in diesen drei Jahren 76,1, 80,8 und 85,6 Liter Bier.

Die Welt wird „süßer“ mit jedem Tag!

Steigende Zuckererzeugung.

Schätzungen auf eine Umfrage des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie (Abt. der Rohzuckerfabrikanten) von 238 Zuckersfabriken innerhalb Deutschlands ergeben für 1929/30 eine Rübenverarbeitung auf Zucker sämtlicher Fabriken von 119,41 Millionen gegen 114,82 Millionen Doppelzentner in der vorjährigen Kampagne. Die Zuckererzeugung (Rohstoffzuckerwerk) wird mit 19,56 (18,64) Millionen Doppelzentner veranschlagt. Im Verbrauchszuckerwert lauten die Zahlen 7,60 bzw. 16,78 Millionen Doppelzentner. Gegenüber der vorjährigen Kampagne wird also die Rübenverarbeitung um 3,99 Prozent und die Zuckererzeugung um 4,93 Prozent höher angenommen. Gegenüber der Novemberumfrage ist eine Steigerung der Rübenverarbeitung um 3,76 Prozent und der Zuckererzeugung um 6,11 Prozent und gegenüber der Oktoberumfrage um 13,87 Prozent für die Rübenverarbeitung und 14,96 Prozent für die Zuckererzeugung festzustellen.

Die Ausbeute errechnet sich unter Abzug der Erzeugung an Melassezucker — 200.000 (230.000) Doppelzentner — auf 16,22 gegen 16,04 Prozent des Vorjahres. Von den einzelnen Landesteilen verzeichnet Schlesien eine Vermehrung der Zuckererzeugung um 23,09 Prozent, Rheinland um 10,29 Prozent, Süddeutschland um 20,28 Prozent, Sachsen um 19,14 Prozent und Ostpreußen um 4,24 Prozent. Eine Verminderung dagegen zeigen Anhalt mit 7,65 Prozent, Braunschweig mit 4,34 Prozent, Hannover und Holstein mit 6,84 Prozent.

Die Umfrage der Internationalen Vereinigung der Zuckerstatistik haben 614 (643) in Betrieb befindliche Fa-

briken (ohne England, Holland, Frankreich und Rußland) beantwortet. Die Rübenverarbeitung wird mit 33,12 (33,17) Millionen Tonnen und die Zuckererzeugung mit 5,48 (5,30) Millionen Tonnen veranschlagt. Die Rübenverarbeitung hat sich daher insgesamt um 0,16 Prozent vermindert, die Zuckererzeugung dagegen um 3,41 Prozent erhöht.

DER GUCKKASTEN.

Fußgängernde in Jerusalem.

Wer sich über die großen Gefahren, die der Straßenverkehr in den Großstädten Europas und Amerikas mit sich bringt, zu beklagen wagt, dem sollte man dringend empfehlen, zur Abwechslung einmal nach Palästina zu pilgern und auf den Straßen Jerusalems zu lustwandeln. Ein Fußgänger in Jerusalem — so erzählt ein Orientfahrer in einem italienischen Blatte — ist, seitdem diese Stadt neu aufzublühen beginnt, beinahe rettungslos verloren. Man könnte das für Übertreibung halten, aber es ist und bleibt trotzdem die Wahrheit. Die neuen Straßen in Palästina sind schön, breit, asphaltiert und gerade, aber sie sind fast ausschließlich für die Autos da, und die Autos jagen, da kein Gesetz ihnen die Fahrgeschwindigkeit vorschreibt, mit unheimlicher Schnelligkeit in die Welt hinaus. Jedes Auto rast, wie es ihm oder seinem Führer gefällt, und die sogenannte Verkehrs Polizei steht machtlos vis-à-vis. Nun gibt es ja zwar auch Bürgersteige — auf deutsch: Trottoirs —, die nicht für die Autos bestimmt sind, sondern, wie man meinen sollte, für die zu Fuß gehenden Bürger, aber auf diesen Steigen gehen die Kamele, die Maulesel und die Pferde, die es im Heiligen Lande gibt, spazieren, ohne von den zweibeinigen Spaziergängern Notiz zu nehmen. Die Sache ist also so, daß 99 Prozent der Bevölkerung Jerusalems nicht wissen, wohin sie den Fuß setzen sollen, wenn sie einmal das Bedürfnis haben, auf die Straße zu gehen. Jeder, der dieses Bedürfnis hat, muß mit der Möglichkeit, nein, mit der großen Wahrscheinlichkeit, als Überfahrer nach Hause gebracht zu werden, rechnen. Verkehrsunfälle sind an der Tagesordnung und ganz Jerusalem seht sich nach einer Unterpflasterbahn, um wenigstens unter Tage ein wenig in Sicherheit leben zu können.

Goldfisch blau.

Der zwei Menschenalter hindurch als Zimmerzier sehr beliebte Goldfisch ist jetzt in Gefahr, durch eine über Amerika zu uns gekommene Neuheit abgelöst zu werden. Dieser neue Fisch zeigt auf blaugrauem bis blauem oder scharlachfarbigem Grunde schwarze, graue, rote, weiße oder goldfarbige Tupfel und Striche. Der „Shubunfin“, wie das Tier heißt, stammt aus dem Fernen Osten. Chinesen und Japaner haben ihn unter Beachtung der Vererbungsgeetze aus abnorm gefärbten Goldfischen herausgezüchtet. Auch die vielbewunderten Schleierfische, Teleskopaugen- und Löwenkopffische verdanken ihr Dasein der Erkenntnis, daß die gewöhnliche Parakeete in verschiedenen Farben — unter denen Kornblumenblau und Smaragdgrün an erster Stelle stehen — importiert. Da sie bei uns zu Kämpfen nicht benutzt werden, kommt ihr herrliches Flossenwerk zur vollen Entwicklung und sie bilden eine gesuchte Zierde für die Aquarien der deutschen Liebhaber. Diese Tiere kommen in der Freiheit nicht vor, sie waren bisher nur durch chinesische Händler in Singapur zu erhalten, von denen ihre Herkunft sorgfältig verschwiegen wird.

Schwarz Hörer und Schwarz Leser.

Erlauchtes Telephongeheimnis, verletztes Briefgeheimnis.

Seit wir den Rundfunk haben, hört man mehr oder minder scherzhaft von Schwarzhörern sprechen, von Leuten, die sich einen Radioapparat heimlich anlegen, um der Reichspost, die ein Funkbenutzungsmonopol hat und von den „offiziellen“, d. h. bei ihr gemeldeten Rundfunkhörern monatlich oder vierteljährlich ein Abonnementgeld einzieht, ein Schnippchen zu schlagen. Die „Schwarz Hörer“ hören etwas, das zu hören sie kein Recht haben. Der Name, den man ihnen gegeben hat, hängt offenbar mit dem Wort „schwärzen“ im Sinne von „schmuggeln“ zusammen. Nun gibt es aber nicht nur beim Rundfunk „Schwarz Hörer“, auch beim Telephon haben wir sie, und alle, die einen Fernsprechapparat im Hause haben, wissen einiges von ihnen.

Wie oft geschieht es nicht, daß ein Unbefugter ein Telephongespräch, das wir mit irgendwem haben, bis in alle Einzelheiten belauscht, um zuletzt vielleicht mit guter Laune oder mit Ingrimm sich einzumischen in unser Intimites! Meist geschieht ein solches Abhören der telephonischen Unterhaltungen anderer unfreiwillig: der Unbefugte ist eben plötzlich in eine ihn nichts angehende Leitung hineingeraten oder „von Amts wegen“ falsch verbunden worden. Daß er auf solche Weise Dinge erfahren kann, die einem andern unangenehm werden können, braucht nicht besonders betont zu werden. Noch schlimmer aber ist es oder kann es sein, wenn ein Unbefugter sich bewußt in ein fremdes Gespräch „einschaltet“, um Geheimnisse zu erlauschen und sie dann für seine oder seiner Auftraggeber Zwecke auszunutzen. Von einem besonders schweren Fall solcher Art hörte man kürzlich aus Warschau: ein politisches Telephongespräch, das der polnische Staatspräsident Professor Mosicki und der polnische Ministerpräsident Bartel miteinander führten, wurde von dritter Seite — offenbar im Auftrage politischer Gegner der beiden — abgelauscht und der Öffentlichkeit preisgegeben, ohne daß es bisher gelungen wäre, den Lauscher zu stellen und der Bestrafung zuzuführen. Wobei es immer noch fraglich bliebe, ob man ihn überhaupt bestrafen könnte, es wäre denn, daß man ihm nachweise, daß er das Gespräch durch unlautere Mittel „abgefangen“ oder die Leitung, über die das Gespräch ging, „angezapft“ habe, was durchaus im Bereich der Möglichkeit läge.

Während des Weltkrieges sind wiederholt, sowohl im Westen wie auch im Osten, zwar nicht Telephongespräche, aber doch — was weit bedeutender und gefährlicher war — Funkgespräche und drahtlose Nachrichten aller Art von gegnerischer Seite, womit so gut wie selbst als Gegner der andern wie die andern als unsere Gegner gemeint sind, abgefangen worden. Im Westen gelangten einmal die Engländer durch Spionearbeit in den Besitz unseres Codeschlüssels für geheime Funkprüche, was ihnen die Möglichkeit gab, zahlreiche Funkprüche der deutschen Regierung und der deutschen Heeresleitung zu entziffern. Auf ähnliche Weise haben unsere Truppen einmal im Osten drahtlose Meldungen der Russen abgehört, was zur Folge hatte, daß eine von den Russen vorbereitete Kampfhandlung auf deutscher Seite lange vor ihrer Ausführung bekannt war, so daß man ihr begegnen und den Russen eine schwere Niederlage beibringen konnte. Aber nicht nur im krieglichen und militärischen, sondern auch im privaten

Auge auf die Schädlinge — Je gewissenhafter jeder einzelne ist, desto schneller der Sieg über die Parasiten; je gewissenhafter jeder einzelne ist, desto schneller der Sieg auch über das Böse!

Bekommen wir Winterwetter?

Als um die vorige Wochenwende aus den deutschen Mittelgebirgen kräftige Schneefälle gemeldet wurden und schließlich am Montag früh sogar im mitteldeutschen Flachland der erste kräftigere Schnee dieses Winters niederlag, da ging ein Aufatmen durch die Reihen der Winterportler. Doch nur allzu schnell erwiesen sich die Hoffnungen als verfehlt. Schon im Laufe des Montags kletterte die Quecksilberkugel rasch empor. Bei stürmischen Winden, die an der Küste sogar zum Orkan anwuchsen, gingen starke Regenfälle nieder, so daß selbst in den Mittelgebirgen die weiße Pracht immer mehr verschwand. Selbst in den Alpen herrschte außergewöhnlich mildes Wetter. In Nord- und Mitteldeutschland lagen die Tagesdurchschnittstemperaturen etwa 7 bis 8 Grad über den normalen Durchschnittstemperaturen. Mitte der Woche trat dann ein Umschwung ein. Nachdem es bei dem Vorübergang eines scharf umgrenzten Sturmwindels zu neuen starken Regenfällen gekommen war, trat im Laufe des Donnerstags ein kräftiger Barometeranstieg ein. Für die nächsten Tage ist mit ausgesprochenem Winterwetter zu rechnen. Ob sich das Wetter freilich lange halten wird, erscheint noch einigermaßen fraglich, da westlich von Island bereits ein neuer Sturmwind aufgetaucht ist und auch über Norditalien ein Tiefdruckwirbel lagert.

* **Frühjahrsveranlagung 1930 zur Einkommensteuer.** Die Frist für die Abgabe der Erklärungen für die bevorstehende Frühjahrsveranlagung zur Einkommensteuer ist durch eine im Reichsteuerverblatt veröffentlichte Verordnung des Reichsfinanzministers auf den 1. bis 15. Februar 1930 angelegt worden. Steuerabschnitt für die Frühjahrsveranlagung 1930 ist das Kalenderjahr 1929.

* **Briefe mit zollpflichtigem Inhalt** nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika klagt darüber, daß ihr aus Deutschland Briefe mit zollpflichtigem Inhalt in großer Zahl ohne den vorgeschriebenen grünen Zollzettel zugehen. Die amerikanischen Zollstellen dürfen verschlossene Briefe, die ihnen ohne Zollzettel (auf dem sich die Ermächtigung zum Öffnen der Sendung befindet) zugehen, nicht ohne Einwilligung des Empfängers öffnen. Das Fehlen des Zollzettels hat zur Folge, daß die Empfänger auch aus entfernt liegenden Orten persönlich beim Zollamt erscheinen oder eine schriftliche Ermächtigung einbringen müssen. In der Zwischenzeit lagert die Sendung im Zollamt. Zur Vermeidung solcher Weislaufsgeiten empfiehlt es sich, Sendungen der genannten Art nach den Vereinigten Staaten von Amerika stets mit dem grünen Zollzettel zu versehen.

* **Sendungen mit Briefmarken nach Rußland.** Sendungen mit Briefmarken an Privatpersonen im Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken dürfen, soweit ihre Einfuhr überhaupt gestattet ist, nur mit äußerer Angabe des Inhalts und unter der Aufschrift an die „Sowjet Philatelische Vereinigung (Association de philatélie soviétique) Moskau 1, Averskaja Zamskaja Nr. 3“ durch die Post verschickt werden. Unmittelbar an Privatpersonen gerichtete Briefmarken-Sendungen werden nach den gesetzlichen Bestimmungen in Sowjet-Rußland beschlagnahmt.

* **Bildtelegraphenverkehr Berlin-Wien.** Vom 15. Januar an ändern sich die Bestimmungen über den öffentlichen Bildtelegraphenverkehr Berlin-Wien in folgendem: Die Gebühren werden künftig nach Quadratcentimetern Bildfläche berechnet, sie betragen für 1 qcm 10 Pf., Mindestgebühr für das Bildtelegramm 10 RM. Für die in der Zeit von 19 bis 8 Uhr zu befördernden Bildtelegramme (Bemerkung: N) ermäßigen sich die Gebühren um 20 v. H. Zulässig ist künftig eine Bildgröße bis 18 mal 25 cm (bisher nur 10 mal 19 cm). Ebenfalls am 15. Januar wird zu den im Bildverkehr Berlin-Wien geltenden Bedingungen der unmittelbare öffentliche Bildverkehr zwischen Frankfurt (Main) und Wien aufgenommen werden.

Halber

—!! Wie schon aus gestriger Anzeige ersichtlich, warten die **Lichtspiele Carlshöhe** am heutigen und morgigen Tage wieder mit einem erlesenen Programm auf. „Wenn der weiße Flieder wieder blüht...“ mit Georg Henrich und Vera Schmitzer wird die Herzen der Filmfreunde schneller schlagen lassen. Unbedingt wird jeder mitsingen beim Klang der vertrauten Melodie dieses vielgeliebten und getanzten Schlagers. Neben dem üblichen Beiprogramm läuft ferner „Gärendes Blut“. Das Erwachen der Jugend von heute. — Anfang der Vorführung Samstag 5 Uhr und Sonntag 5 und 8 Uhr.

Kierspe

—s Das **Turn- und Sportabzeichen** in Bronze wurde vom Reichsausschuß für Leibesübungen verliehen an die Turnerinnen Grete Boeste, Irmgard Boeste und Else Heßfeld, sämtlich vom Turnverein Kierspe 1879.

—s **Verbandskassen** sind von der Westfälischen Landesversicherung auszugeben an folgende ausgebildete Helferinnen: Frau Herbert Bollmann und Fräulein Marianne Houben in Kierspe, Frau ein Ameliese Bollmerhaus, Fräulein Martha Rittinghaus und Fräulein Hedwig Hobe in Kierspe-Whf., Fräulein Maria Kück in Elbringhausen, Fräulein Johanna Nachrodt in Bollme, Fräulein Anna Busch in Hohenholten, Fräulein Elisabeth Wälfrath in Feld, Fräulein Clara Sonnenhohl in Werthagen. Bei etwaigen Unglücksfällen kann man sich an diese Helferinnen wenden.

—s Am Sonntag, dem 19. Januar vormittags 10 Uhr hält im Hotel Plate, hier Herr Polizeimajor a. D. Detleffen, vom Deutschen Sparerbund e. G. m. b. H., Düsseldorf einen Vortrag über „Der schnellste Weg zu einem Eigenheim“. (Siehe Anzeige in gestriger Ausgabe.)

—s **Generalversammlung der Evangel. Frauenhilfe.** Am Donnerstag nachmittag hielt die Evangel. Frauenhilfe im Berliner Hof ihre Generalversammlung ab. Eröffnet und geleitet wurde dieselbe von der Vorsitzenden Frau Karl Wienbruch, die auch das Wort zum Jahresbericht ergriff. Aus der Tätigkeit des Vereins ist hervor zu heben, daß zum letzten Weihnachtsfeste 56 Pakete mit Gaben verteilt werden konnten. Den Kassenbericht erstattete Frau Marie Kattwinkel. Die Kasse war von Frau Heutelsbach und Frau Krümmel geprüft und für richtig befunden worden, so daß der Kassiererin Entlastung erteilt werden konnte. Unter Punkt Vorstandswahlen wurde die bisherige 1. Vorsitzende Frau Wienbruch wiedergewählt. Die Wahl der 2. Vorsitzenden entfiel auf Frau Pastor Meher zu Theenhausen. Frau M. Kattwinkel als Kassiere-

rin wurde wiedergewählt. Für 2. Kassiererin wählte man Frä. Marianne Houben. Anstelle von Pastor Pels-Leusden wurde Pastor Eggerling zum 1. Schriftführer gewählt, zum Stellvertreter Schwester Mary Arnemann. Zu Beisitzern wurden Frau Schlieck und Frau Heinrich Plate bestellt.

Rönsahl

—c **Einbruch.** In der Nacht von Donnerstag zum Freitag wurde bei Herrn Fr. Marcus, Bäckerei und Fruchtmühle, Rönsahl ein Einbruch verübt. Der Dieb hat eine Leiter angestellt und ist durch das sehr hoch gelegene offene Fenster ins Schlafzimmer der Frä. M. eingestiegen, ist dann ins Wohnzimmer eingedrungen und hat hier alle Behälter durchsucht. Einen dort zufällig aufbewahrten Betrag von 30 RM. hat der Dieb an sich genommen, während er sonstige Wertgegenstände unberührt ließ. Den Rückweg hat der Dieb durch die Haustür unbemerkt angetreten. Bei Herrn Carl Haarhaus wurde ebenfalls ein Einbruch versucht; hier gelang es aber nur bis in die Waschküche zu kommen aus welcher eine Hufe entwendet wurde. Die polizeilichen Ermittlungen sind aufgenommen; hoffentlich wird der Dieb bald gefaßt.

—c Entgegen dem erfolgten Bericht sei hierdurch mitgeteilt, daß die Sitzung der Gemeindevertretung Rönsahl am Montag, dem 20. d. M. nachm. 4 Uhr bei Sure tagt.

—s: Die **Freiw. Feuerwehr Barchhausen** feiert am Sonntag, dem 2. Februar nachm. im Vereinslokal Theob. Crummenerl in Barchhausen ihr diesjähriges Winterfest bestehend aus Konzert, theatralischen und musikalischen Vorführungen.

Lüdenscheid, 18. Jan. Eine teure Einbruchsgeschichte. Ein junger Bursche, der als Beifahrer bei einem Bäckermeister in Lüdenscheid tätig war, hatte im Sommer vorigen Jahres einen Einbruch in ein Lebensmittelgeschäft an der Kölnerstraße verübt. Da er mehrmals in der Woche Brot dorthin lieferte, war er mit der Vertiklichkeit vertraut. Er stieg durch ein stark vergittertes Fenster an der Rückseite des Hauses ein, und nahm, was ihm recht schien. Im August kam er eines Abends mit einem Bekannten von einer Festlichkeit die Kölnerstraße herauf. Nach Aussage seines Bekannten soll er geäußert haben, daß er hungrig sei, worauf ihn jener aufgefordert habe, mit nach Hause zu gehen. Er lehnte das jedoch ab mit den Worten: „Da bekomme ich doch nichts mehr, aber ich weiß, wo was zu holen ist!“ Dann begaben sich beide zu dem betreffenden Laden, wo er das erste Mal eingedrungen war. Wieder stieg er über das Gitter, während der Freund draußen Schmiere stehen sollte. Dieser behauptet jedoch, infolge Trunkenheit von nichts gewußt, sondern geschlafen zu haben und erst nach geworden sei, als ihm sein Komplize aus dem Fenster 1 Flasche Wein, 2 Flaschen Bier, 1 Karton Käse und Zigarren gereicht habe. Dann hat er gesehen, wie sich jener Rock und Schuhe anzog. Hinter der an das Grundstück grenzenden Mauer sei er nicht gewesen, von Schmiere stehen könne also keine Rede sein. Der Amtsanwalt, der mit der Vertiklichkeit vertraut ist, schlägt eine Ortsbesichtigung vor, die auch erfolgt. Hierbei wird festgestellt, daß das Gitter äußerst schwierig zu überklettern ist, sowie auch, daß der Komplize hinter der Mauer gestanden haben muß, um die Flaschen anzunehmen, da sie sonst durch die Höhe der Fensterbank über dem Erdboden bei einem etwaigen Herauswerfen entzwei gegangen wären. Der Amtsanwalt hält nach Rücksprache die Mittäterhaft für erwiesen und beantragt für ihn 3 Monate Gefängnis. Für den Haupttäter, der schon erheblich vorbestraft ist, hält er 1 Jahr für ausreichend unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Er bittet zu erwägen, ob nicht wegen der Jugend der Angeklagten eine Bewährungsfrist möglich sei. Nach kurzer Beratung verkündet das Gericht folgendes Urteil: Der Hauptangeklagte wird wegen Einbruchs in drei Fällen zu einer Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt unter Anrechnung der Untersuchungshaft; der Mittäter wegen Beihilfe in einem Falle zu 3 Monaten Gefängnis, da seine Angaben für unwahrscheinlich gehalten werden. Dieses Urteil haben die Täter ihrer Jugend zu verdanken, da sonst für jeden Fall 1 Jahr Zuchthaus in Frage käme. Der Haupttäter nimmt das Urteil unter Verzicht auf Rechtsmittel an. Ob und wie weit eine Strafaussetzung oder Begnadigung in Frage kommt, bleibt dem Gericht vorbehalten. Die Kosten tragen die Angeklagten.

Bredersfeld, 18. Jan. Der Sparkassenrentant H., welcher an der Amts- und Gemeindegasse in Bredersfeld tätig ist, hatte es unterlassen, den Sparkassenvorstand von kleineren Unterschlagungen, die sich der Lehrling hatte zuschulden kommen lassen, in Kenntnis zu setzen. In einer Sitzung des Sparkassenvorstandes hatte H. auf eine Aufforderung des Vorsitzenden das Zimmer nicht verlassen. Schließlich hatte H. seinen Urlaub nicht rechtzeitig beim Gemeindevorsteher und Sparkassenvorstand beantragt, sondern dem Vorstand erklärt, daß er mit dem heutigen Tage einen einmonatigen Erholungsurlaub antrete. Der Landrat sah sich deshalb veranlaßt, H. mit einem Verweis zu bestrafen. Die Ordnungsstrafverfügung des Landrats griff H. mit der Beschwerde beim Regierungspräsidenten und nach deren Zurückweisung mit der Klage beim Oberverwaltungsgericht an, welches aber die Klage abwies und u. a. ausführte, der Gerichtshof habe sich im wesentlichen auf den Punkt der Ordnungsstrafverfügung beschränkt, welcher das ungebührliche Benehmen des Sparkassenrentanten H. in der Sitzung des Sparkassenvorstandes betreffe; in diesem Falle habe H. trotz Aufforderung des Gemeindevorstehers das Zimmer nicht verlassen. In dem Verhalten von H. sei ein überaus schweres, disziplinarisch zu ahnendes Vergehen zu erblicken; es habe sich um eine Angelegenheit des Sparkassenrentanten H. gehandelt, die den Gegenstand der Beratung bilden sollte. H. sei es als einem Beamten, der fast 20 Jahre tätig sei, bekannt gewesen, daß sich ein Beamter an die Beschlußfassung über eine Angelegenheit, die ihn selbst betreffe, nicht zu beteiligen und dies namentlich dann zu unterlassen habe, wenn er von dem die Sitzungspolizei ausübenden Beamten zum Verlassen des Zimmers aufgefordert werde. Schon dieser eine Punkt rechtfertige die Ordnungsstrafverfügung. (Aktenzeichen II. D. 21. 29.)

Dahl, 17. Jan. Vier Verletzte bei einem Autounfall. Ein folgenschweres Autounfall ereignete sich gestern mittag gegen 12 Uhr auf der Provinzial-

straße Ambrock-Dahl in der Nähe der Wirtschaften Prinz und Quandt. Eine Mutter war mit ihrer etwa 20 Jahre alten Tochter auf dem Wege nach Dahl, auf der rechten Straßenseite, als plötzlich von Ambrock her ein Auto kam und die Tochter, die neben der Mutter ging, überfuhr, Anstatt sich um die Ueberfallene zu kümmern, gab der Wagenführer Vollgas und jagte davon. In der Nähe der Wirtschaft Quandt verlor der Chauffeur aber die Gewalt über den Wagen, der mit drei Personen besetzt war. Der Wagen fuhr an den Bordstein der rechten Straßenseite, wurde nach links geschleudert und landete im Straßengraben derart, daß er auf dem Kopfe stand. Der Autolenker erlitt unter anderem einen doppelten Armbruch, der Autobesitzer Quetschungen am Bein und die dritte Person eine klapprige Kopfwunde. Das überfallene Mädchen wurde ebenfalls arg verletzt an Kopf und Körper. Schnell waren Mitglieder der Sanitätskolonne Dahl mit dem nötigen Verbandmaterial an der Unglücksstelle, legten die ersten Notverbände an. Der schnellstens herbeigerufene Kranken-transportwagen der Freiwilligen Feuerwehr Dahl brachte die vier Verletzten ins Marienhospital nach Hagen. Die Dahleer Polizei nahm den Tatbestand auf, beschlagnahmte den zerstörten Wagen und ließ ihn nach Dahl ins Sprikenhaus bringen. Nach den Angaben des Chauffeurs sollen die Bremsen versagt haben. Bei den drei verletzten Autofahrern handelt es sich um auswärtige Kaufleute, die auf der Reise von Wiesbaden nach Lüdenscheid sich befanden. Von Wiesbaden bis Essen hatte der Besitzer des Wagens selbst gefahren, in Essen hatte er sich einen Chauffeur gemietet, der ihm zum Verhängnis geworden. — Die Verletzungen sind, wie wir erfahren, nicht lebensgefährlich. 2 Personen konnten sofort wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Hagen, 18. Jan. Hagen hat 149412 Einwohner. Nach dem jetzt ermittelten Ergebnis der Personenzustandsaufnahme vom 10. Oktober 1929 beträgt die Einwohnerzahl der Stadt Hagen 149412. Das Preussische Staatsministerium hat die Wahl des Bürgermeisters Dr. Raabe zum Oberbürgermeister der Stadt Hagen bestätigt und die Führung der Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister“ genehmigt.

Schwelm, 17. Jan. Der kommissarische Landrat Hansmann als Landrat abgelehnt. In der ersten Sitzung des Kreistages des Ennepe-Ruhr-Kreises wurde der Regierungsvorschlag, den kommissarischen Landrat Hansmann als Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises zu wählen, mit 19 Stimmen der Rechten, Demokraten und Kommunisten gegen 17 Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums abgelehnt.

Dümmelshausen, 18. Jan. Ein Auto mit 3 Insassen fährt in die Aggertalsperre. Glücklicherweise sind alle gerettet. Donnerstagabend gegen 7 Uhr fuhr ein Vierseiger von Dortmund, in welchem ein Ehepaar mit seinem Kinde saß, auf der Fahrt von Dümmelshausen über die neue Chaussee Richtung Weimerzhagen — Dortmund. Statt über die Sperrmauer links abzubiegen, fuhr das Auto an der rechten Seite weiter. Die Insassen bemerkten ihren Irrtum zu spät und wurden wohl versucht haben, umzudrehen. Jedenfalls hörten Angehörige und Gäste der Wirtschaft Antenne Wellmann ein mehrmaliges Krachen und Klatschen auf der anderen Seite der Sperre. Ein Motorradfahrer unter den Gästen schwang sich auf Rad und fuhr über die Mauer, um am rechten Sperrarm Umschau zu halten. Er fand aber nur das Kind im Dunkel stehend und, als er den Lichtkegel auf die Wasserfläche richtete, sah er den Mann seine Frau die Böschung heraufziehen. Die Frau hatte, als sie das Abrutschen des Wagens merkte, noch die Geistesgegenwart, ihr Kind aus dem Wagen zu werfen, der Mann konnte noch herauspringen und die Frau wurde aus dem stürzenden Wagen herausgeschleudert. In ganz kurzer Zeit waren Dr. Willenweber und Dr. Schütte zur Stelle, um ärztliche Hilfe zu leisten. Der Mann schien mit einem Herbschod davon gekommen zu sein, während die Frau stark blutende Wunden, besonders am Kopf davongetragen hatte. Das Auto war im Wasser verschwunden. Wäre es ein geschlossenes Auto gewesen, so wären wahrscheinlich drei Menschenleben zu beklagen, zumal die Sperre zurzeit viel Wasser enthält. Der Wagen liegt etwa 4 Meter tief unter dem Wasserspiegel, die Stelle ist nur durch Delflecke kenntlich. Infolge des leichten Nachtfrostes sind keine Spuren auf der Böschung noch kenntlich. Die Stelle war bis zum Eintreffen der Gerichtskommission gesperrt. Um Haarsbreite ist die Familie davor hergekommen, das Los der Coblenzer Zahnärzte teilen zu müssen.

Turnen, Spiel und Sport

—s: Halber, den 18. Januar 1930.

Fußball. Der morgige Sonntag wird für den Spiel- und Sportverein Halber 1911 ein Großkampftag werden. Nicht weniger als 3 Mannschaften treten in Diplom- und Freundschaftsspielen auf den Plan. Die einheimische 1a Jugend wird auf dem Sportplatz an der Carlshöhe, die 1b Jugend des Sportvereins Grünwald zum fälligen Diplomspiel erwarten. Hier wird des Platzvereins Elf einen sicheren Sieg davontragen. Ballanstoß um 1 Uhr. Nach dieser Begegnung wird dann die zweite Mannschaft einen Gegner aus dem Rheinland als Gast haben. Die 2. Elf des Rasensportvereins Wipperfurth ist einer alten Verpflichtung nachgekommen und findet das Zusammentreffen dieser beiden Mannschaften um 3 Uhr statt. Zeigt die hiesige 2. Mannschaft keine einheitlichere Form als wie am Vorsonntage, so wird der Sieg auf Seite der Gäste sein. Die erste Elf fährt nach Hagen um gegen den dortigen Post-Sportverein ein Gastspiel auszutragen. Da der Gastgeber in der Hager Gruppe auch Spitzengruppe der 1. Gaulasse ist, so stoßen somit zwei Tabellenführer verschiedener Gruppen aufeinander. Das Ergebnis wird zeigen, ob das Stärkeverhältnis in den beiden Gruppen das gleiche ist. Da die hiesigen mit voller Mannschaft fahren, ist für den Gastgeber das Spiel noch nicht gewonnen. Abfahrt 12,45 Uhr ab Staatsbahnhof.

DT. Turnersport. Die 1. Mannschaft der B. T. und S. B. Halber fährt am Sonntag, dem 19. Januar nach Hagen, um auf dem Platz an der Lützowstraße ein Spiel gegen Turnklub Hagen 1. Mannschaft auszutragen. Die Halberaner fahren morgens 9,30 Uhr vom Vereinslokal. Das Spiel beginnt um 11 Uhr.

Gute sparsame Küche mit MAGGI's Erzeugnissen:

MAGGI's Würze in Flaschen
für Suppen, Soßen, Gemüse, Salate.
In Flaschen von 20 Pfg. an.

MAGGI's Suppen
28 verschiedene Sorten.
1 Würfel für 2 Teller Suppe 13 Pfg.

MAGGI's Fleischbrühe
zum Kochen von Gemüse usw.
1 Würfel für gut 1/4 Liter 4 Pfg.

Schlusssdienst.

Vermischte Nachrichten vom 17. Januar.

Untersuchung eines Verwaltungsobersichters.

Donauerschiffen. Der bei dem Truppenamt des hiesigen Ausbildungsbataillons tätige verheiratete Verwaltungsobersichters Stilian wurde unter dem Verdacht der Urkundenfälschung und der Unterschlagung in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Es soll sich um einen Betrag von 4000 Mark handeln.

Wieder drei Bergleute verschüttet.

Ein neues Grubenunglück ereignete sich in der Grube Dombrova, Grubenanlage Porombaka. Durch Zubruchgehen einer Förderstrecke wurden drei Bergleute verschüttet, von denen zwei in schwerverletztem Zustand geborgen wurden, während der dritte nur als Leiche geborgen werden konnte.

Todesfälle durch trichinöses Schweinefleisch.

Budapest. Die Gefahren beim Genuß nicht geprüften Schweinefleisches berücklichtete die vom Ärzteverband Stuhlweissenburg in seiner letzten Versammlung behandelte Tatsache, daß in letzter Zeit in Ungarn acht Todesfälle und vier

leichter verlaufene Erkrankungen durch trichinöses Schweinefleisch verursacht worden sind. In der Gemeinde Szenigal waren sechs Erkrankungen mit drei Todesfällen, in der Gemeinde Ercsi sechs Erkrankungen mit fünf Todesfällen zu verzeichnen. Die Fälle in Szenigal, die erst jetzt bekannt werden, liegen etwa zwei Monate zurück.

Eisenbahnunglück in Südafrika.

Nach einer Meldung aus London ist der Postzug von Johannesburg nach Port Elisabeth in der Nähe von Port Elisabeth (Süd-Afrika) auf einen Lokfzug aufgefahren. Der Schlusswagen des Lokfzuges wurde bei dem Aufprall in zwei Teile zerschnitten. Sechzehn Personen wurden schwer verletzt.

Explosion in einer Erzgrube.

Im Hermannschacht der Erzgrube Angebiller in Lothringen ereignete sich, wie aus Saarbrücken berichtet wird, ein schweres Grubenunglück, das einen Toten und zwei Schwerverletzte forderte. Das Unglück war dadurch entstanden, daß ein Bergmann einen nicht losgegangenen Sprengschuß kontrollieren wollte, als plötzlich die Explosion erfolgte. Hierdurch wurde der Bergmann so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Zwei Schlepper erhielten ebenfalls schwere Verletzungen.

Drei Tote bei einem Autounfall.

Zwei Personen schwer verletzt.

Nach einer Meldung aus Bad Reinerz ereignete sich auf der Chaussee Lewin-Reinerz ein schweres Kraftwagenunglück. Der Kraftwagen eines Weinmer Bädermeisters geriet auf der vereisten Straße so stark ins Schleudern, daß der Wagen gegen einen Baum fuhr und in den Straßengraben stürzte. Drei Personen erlitten so schwere Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat. Zwei Insassen wurden schwer verletzt.

Denn's draußen stürmt und wettert, ist eine Tasse guter Fleischbrühe, die zugleich wärmt und anregt, eine Wohltat. Man kann sich solche im Nu und jederzeit bereiten durch Auflösen eines Maggi-Fleischbrühwürfels in ¼ Liter kochendem Wasser. Es ist deshalb empfehlenswert, diese praktischen Würfel stets vorrätig zu haben. Achten Sie beim Einkauf darauf, daß die Wandlerole rot-gelb ist und den Namen Maggi trägt. Diese Kennzeichen bürgen für Qualität.

Schriftleitung: Wilh. Bess jr., Halber i. Westf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgehe unseres lieben Entschlafenen, sowie für die vielen Kranzspenden und das zahlreiche Grabgeleit sagen wir allen, namentlich dem Bommerter Wehrverein, unseren innigsten Dank.

Familie Robert Dörscheln.

Öffentliche Mahnung!

Es werden angemahnt:

Staatliche Steuer vom Grundvermögen und Hauszinssteuer für den Monat Januar 1930, Gewerbesteuer für die Monate Oktober, November und Dezember 1929 und die Feuersteuernbeiträge für 1930.

Ab 22. Januar 1930 erfolgt zwangsweise Beitreibung. Verzugszinsen werden vom Fälligkeitstage ab erhoben.

Lüdenscheid, den 17. Januar 1930.

Die Amts- und Gemeindekassenverwaltung.

Apollo-Theater, Schalksmühle.

Samstag 8 Uhr — Sonntag 3 Uhr

Pat und Patachon am Nordseestrand

7 lustige Akte von Sonntagsanglern und Gespenstern.

Toms gefährlichstes Abenteuer

Ein spannender Wild-West-Film in 6 Akten mit Tom Tyler

und unsere lustige Einlage.

Sonntag nachmittag 3 Uhr Kindervorstellung Eintritt 30 Pfg.

An alle Autobesitzer!

Meiner Spezial Farben- Lack- und Glas-Großhandlung habe ich auch eine

Glasschleiferei

angegliedert, in welcher alle Scheiben prompt bearbeitet und auch eingesetzt werden können.

Carl Kaiser, Lüdenscheid, Börsenstraße 9.

Steuerberatungs- und Revisionsbüro

Fritz Varney

vorm.

Dr. rer. pol. K. Deutgen,

Lüdenscheid,

Sauerfelderstraße Nr. 8a.

Beratung u. Vertretung in Steuersachen.

Aufstellung und Prüfung von Bilanzen und Abgabe der Steuererklärungen.

Einrichtung von Geschäfts- u. Betriebsbuchhaltungen, Selbstkostenrechnungen etc.

Fernsprecher Lüdenscheid 3487

Quartett-Berein „Frohmann“ Halber.

Samstag, den 25. 1. cr. abends 8 Uhr

General-Versammlung

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Um pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Brennholz

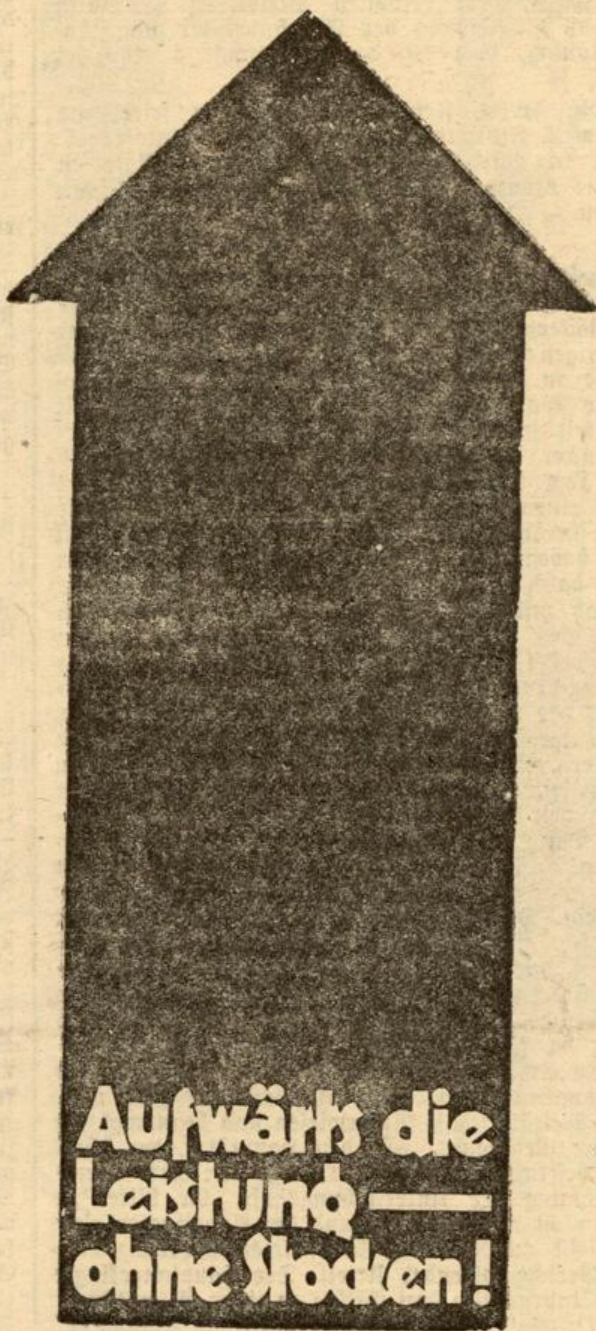
(geschnitten)

pro 3tr. Mf. 1.—

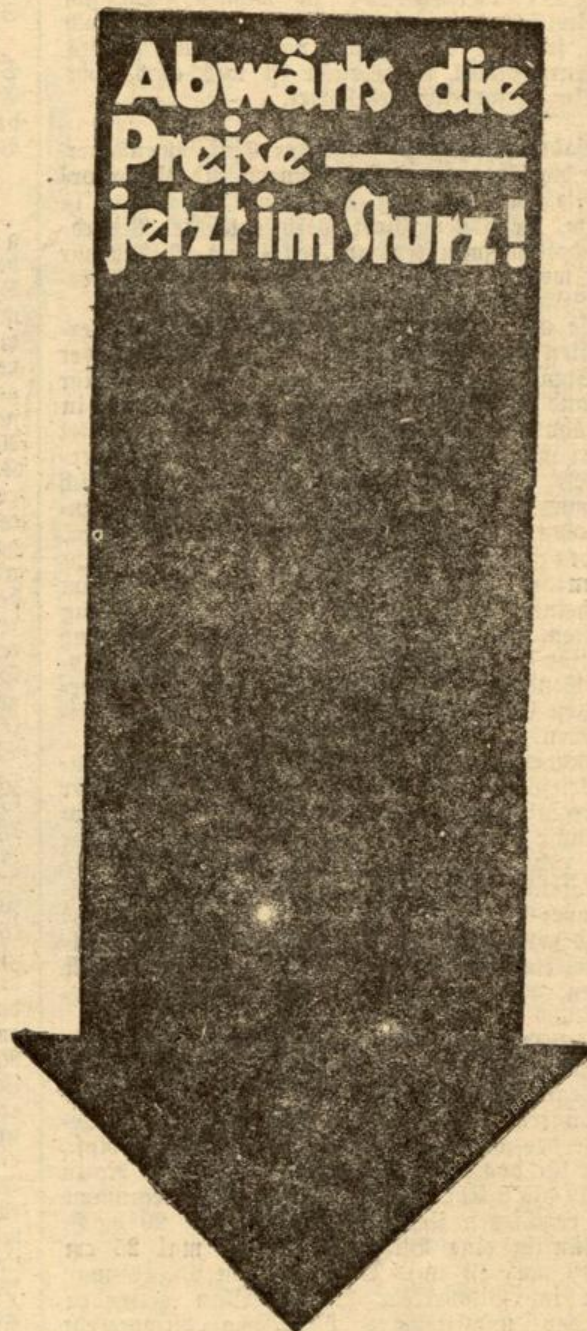
gibt ab

Bremicker, Eichholz,

Tel. 230.



Aufwärts die Leistung — ohne Stocken!



Abwärts die Preise — jetzt im Sturz!

Inventur-Ausverkauf

ist die große Veranstaltung, die der Räumung der Lager dient. Wer riesige Bestände schnell verkaufen will, muß billiger verkaufen. Wir tun es. Auch für die hochwertigsten Waren sind die Preise rücksichtslos verringert. Sie werden über unsere Angebote staunen!

Einige Beispiele unserer Angebote

Nur reguläre Ware, keine II. Wahl

1 Posten Kinder-Pullover 1.25 1 Posten Kinder-Pullover 3.95
alle Größen, z. T. reine Wolle, Kollektion reine Wolle, alle Größen

1 Posten Normalwäsche, Hemden u. Hosen Serie I 0.45 Serie II 0.75

1 Posten Damen-Schlüpfer 0.58 1 Posten Socken 0.75
mit warmem Fuller rein woll Cachemir und Flor

1 Posten Damen-Strümpfe 0.58 1 Posten Damenstrümpfe 0.95
Waschseide Waschseide plattiert

Damen-Konfektion, unglaublich billige Preise

GEBRÜDER **Alzberg** LÜDENSCHIED